

Stellungnahmen der verschiedenen Kandidaten zu der Frage, wie der Staat auf die Autonomiebestrebungen Korsikas reagieren soll

(24. März 2022)

Am 2. März 2022 wurde Yvan Colonna, ein korsischer Nationalist, der wegen der Ermordung des Präfekten des Départements Corse-du-Sud im Jahr 1998 im südfranzösischen Arles eine lebenslange Haftstrafe verbüßte, von einem Mitgefangenen in einem Fitnessraum minutenlang gewürgt, woraufhin er in ein Koma fiel und schließlich am 21. März verstarb. Nach der Attacke auf Colonna kam es auf Korsika zu gewalttätigen Protesten, an denen sich v.a. Jugendliche und junge Menschen beteiligten, die den französischen Staat für die Tat verantwortlich machen und weitere Autonomierechte für die Insel einfordern. Die Regionalregierung aus gemäßigten und radikalen korsischen Nationalisten, die bei den Regionalwahlen 2021 mit 70 % der Stimmen bestätigt wurde, schloss sich den Forderungen der Demonstranten an.

Der Konflikt zwischen Korsika und dem französischen Zentralstaat schien sich eigentlich beruhigt zu haben, sein erneuter Ausbruch kam für viele überraschend. Neben dem Anschlag auf Colonna werden dafür tieferliegende Gründe vermutet: Im Wahlkampf 2017 hatte Emmanuel Macron der Insel eine größere Autonomie in Aussicht gestellt, während seiner Amtszeit hat er sich aber nach Ansicht vieler Einwohner Korsikas kaum mit ihren Problemen beschäftigt und die Verhandlungen über mehr Eigenständigkeit einer dem Innenminister untergeordneten Ministerin überlassen. Für Unmut sorgte außerdem, dass sich Macron 2018 anlässlich des 20. Jahrestags der Ermordung des Präfekten Claude Erignac gegen Straferleichterungen für seine Mörder ausgesprochen hat. Die Unabhängigkeit Korsikas schloss er beim gleichen Anlass grundsätzlich aus. Nicht durchsetzen konnte die Regionalregierung bisher die Forderungen, Korsisch als zweite Amtssprache auf der Insel einzuführen und nur denjenigen den Erwerb einer Immobilie auf der Insel zu gestatten, die dort seit mindestens fünf Jahren einen Wohnsitz haben oder nachweisen können, dass sich ihre moralischen und materiellen Interessen auf Korsika konzentrieren. Die letztere Maßnahme soll dazu dienen, die Wohnungsnot auf Korsika zu lindern und die Einwanderung aus Zentralfrankreich und dem Ausland, die die korsische Identität „verwässere“, einzudämmen. Gleich wie in Zentralfrankreich sorgen auch auf Korsika die steigenden Lebenshaltungskosten für Unzufriedenheit mit der Politik.

Um die Situation zu beruhigen, entsandte Präsident Emmanuel Macron am 16. März Innenminister Gérald Darmanin zu Gesprächen mit den dort Verantwortlichen auf die Insel. Am 18. März unterzeichneten Darmanin und Gilles Simeoni, Präsident des Exekutivrats Korsikas, eine Erklärung, in der die Ergebnisse der Beratungen festgehalten wurden: Der Staat verspricht darin, ab der ersten Aprilwoche mit den Mandatsträgern der Insel über eine Erweiterung ihrer Autonomie zu verhandeln. Ein Zugeständnis des Zentralstaats könnte z.B. sein, dass der Artikel 74 der Verfassung künftig auch für Korsika gilt. Dieser Artikel räumt französischen Überseegebieten wie Französisch-Polynesien mehr Freiheiten bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und der Durchsetzung ihrer Interessen ein und ermöglicht es der Regionalregierung, eigene Gesetze zu erlassen, die nur für ihr Gebiet gelten. Außerdem könnte die korsische Sprache als zweite Amtssprache auf Korsika eingeführt und die Korsen als eigenes Volk anerkannt werden. Ein Ausscheiden Korsikas aus der Republik Frankreich schloss der Innenminister weiterhin aus, zugleich verwahrte er sich dagegen, dass nur diejenigen, die einen Wohnsitz auf der Insel haben, hier Immobilienbesitz erwerben dürfen. Für Alain Ferrandi und Pierre Alessandri, die ebenfalls wegen des Attentats auf Erignac in Gefängnissen in Zentralfrankreich einsitzen, wurde inzwischen außerdem eine Überstellung nach Korsika für Mitte April zugesagt, die Verlegung weiterer korsischer Strafgefangener, die von vielen Korsen als politische Häftlinge angesehen werden, auf ihre Heimatinsel wurde in Aussicht gestellt.

Diese Zugeständnisse der französischen Regierung an Korsika nur 23 Tage vor dem ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahl wurden von den Kandidaten, die gegen Amtsinhaber Emmanuel Macron antreten, unterschiedlich bewertet. Die rechtspopulistischen Kandidaten **Nicolas Dupont-Aignan** (*Debout la France*), **Marine Le Pen** (*Rassemblement National*) und **Éric Zemmour** (*Reconquête!*) sprachen sich dagegen aus, der Insel mehr Eigenständigkeit zu verleihen. **Le Pen** bezeichnete es als katastrophales Signal, mit dem Versprechen von mehr Autonomie auf die Ausschreitungen zu reagieren, **Zemmour** erklärte, dass Frankreich wichtigere Probleme zu lösen habe und Korsika nur als Teil eines starken Frankreich stark sein könne, **Dupont-Aignan** bezichtigte den Präsidenten, die Zergliederung Frankreichs voranzutreiben.

Valérie Pécresse, Kandidatin von *Les Républicains* (LR), warf Macron vor, sich dem Druck der Straße zu beugen und forderte, dass die Ordnung auf Korsika wiederhergestellt sein müsse, bevor Verhandlungen aufgenommen werden könnten. Bei einem Besuch der Insel Anfang Februar hatte sie betont, dass sie für eine Ausweitung der Zuständigkeiten der Regionen eintrete, die Republik aber unteilbar sei und Korsisch nicht zu einer zweiten Amtssprache erklärt werden dürfe. Gleichzeitig sprach sie sich für die Pflege und den Erhalt der Regionalsprachen aus.

Anne Hidalgo, Kandidatin der *Parti socialiste* (PS), vertritt die Ansicht, dass man auf eine gesetzgeberische Autonomie der Insel hinarbeiten solle und dass es notwendig sei, Gebietskörperschaften mit Sonderstatus, wie Korsika eine sei, mehr Befugnisse zu geben; **Yannick Jadot**, Kandidat des *Pôle écologiste*, hat sich für eine rechtsverbindliche Autonomie Korsikas ausgesprochen. **Jean-Luc Mélenchon**, Kandidat der Bewegung *La France insoumise* (FI), ist dafür, dass, falls die dort Verantwortlichen es beantragen, der Artikel 74 der Verfassung auch für Korsika gelten soll. **Philippe Poutou**, Kandidat der *Nouveau Parti anticapitaliste* (NPA), bezeichnete die Revolte der korsischen Bevölkerung und insbesondere der korsischen Jugend als völlig legitim. Er trete für das Selbstbestimmungsrecht der Völker ein und sei deshalb dafür, die korsische Sprache und Kultur anzuerkennen und dem korsischen Volk das Recht zuzugestehen, seine Kultur im Alltag auszuüben und sich so zu organisieren, wie es sich das wünscht. **Fabien Roussel**, Kandidat der *Parti communiste français* (PCF), sprach sich als einziger Vertreter des linken Spektrums gegen mehr Eigenständigkeit Korsikas aus. Es sei nicht die Autonomie, die den Kühlschrank der Korsen füllen und das Problem der hohen Lebenshaltungskosten und des Verschwindens der öffentlichen Dienstleistungen lösen werde, so Roussel.